

Riefner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Riefner Tagblatt, Meissen, Riefner Str. 20.

Das Riefner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Meissen, des Finanzamts Meissen und des Hauptamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gräba.

Postkontor: Dresden 133, Postfach Meissen Nr. 32.

Nr. 236.

Dienstag, 9. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 40 Marktonnen net. einz. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundstift-Beile (6 Seiten) 120 Mt.; die 89 mm breite Reststift-Beile 400 Mt.; zehnstufiger und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenstufenzahl. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abgang eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Meissen. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Riefner & Winterlich, Meissen. Geschäftsstelle: Goethestraße 32. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Hoffmann, Meissen. Druck: Riefner & Winterlich, Meissen. Zahlvermerk: 100000.

Die Besprechung der Reichsanwalter-Rede im Reichstag.

Abg. Berlin, 8. Oktober 1923.

Am Freitagmorgen: Reichsanwalt Dr. Stresemann, Innenminister Sonnenschein, Reichsanwalt Dr. Gehrke.

Reichsanwalt Dr. Gehrke eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min. Nach einer baldschändigen Geschäftsordnungsansprache wird auf kommunikativen Antrag beschlossen, das Geschäftsordnungsverfahren vorläufig noch von der Tagesordnung abzusetzen, da es dem Hause noch nicht vorliegt, weil es eben erst den Reichstag beschickt hat. Ein weiterer kommunikativer Antrag, der sich gegen das Verbot der kommunikativen Presse in Bayern richtet, wird mit der politischen Aussprache verbunden. Die verschiedenen Steueranträge der Parteien, u. a. zu Gunsten des gewerblichen Mittelstandes, sollen auf Antrag Bierer (Dnat.) später gemeinsam behandelt werden.

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Das Haus tritt darauf in die Besprechung der Rede des Reichsanwaltes ein.

Abg. Dr. Dreyfus (Soz.) weist darauf hin, daß die Krise der letzten Woche völlig überraschend gekommen sei. Wir haben uns in Deutschland, so fährt er aus, ausschließlich an Ministerkrisen gewöhnt. Wöchentlich und Ueberwachungen hat es auch bei früheren Gelegenheiten gegeben, aber noch niemals ist das Parlament in einer so unverantwortlichen Weise mit einer Krise überfallen worden wie in der vergangenen Woche. Dieser Vorstoß muß noch geklärt werden, und seine Ursachen müssen noch festgestellt werden. Einmal ist die Regierungskrise beigelegt. Das Kabinett tritt in seiner alten parteipolitischen Zusammenfassung wieder vor den Reichstag, aber wir stehen diesem Kabinett mit ganz anderem Empfinden gegenüber als vor einer Woche. Solche Tage, wie die der letzten Woche, müssen tiefe Spuren hinterlassen. Wir billigen die Aufgabe des passiven Widerstandes, weil er finanziell nicht mehr zu tragen war. Das Kabinett kann nicht die schwere Verantwortung, daß es das deutsche Volk über die Tatsachen im Dunkeln gehalten hat. Es hat eine Politik der Verschleierung und der Illusionen getrieben. Die Nachfolger Cuno's will man nun kritisieren, weil sie ein unmoralisches Unternehmen haben liquidieren müssen. Der passive Widerstand war berechtigt und notwendig als Protest gegen die völkerrechtswidrige Besetzung des Ruhrgebietes. Die Regierung Cuno hat auf den lieben Gott und England gehofft und die Hände in den Schoß gelegt. Die Verantwortlichkeit der Gegenwart, daß mit der Höhe des Widerstandes der ängstliche Zeitpunkt für Verhandlungen gekommen war, ist durch den Druck gewisser Kreise verhindert worden. Dazu kam eine gewisse Demoralisation im Ruhrgebiet. Die aus der Staatskasse übermiesigen Mittel wurden von gewissen Kreisen zum Kampf gegen das deutsche Volk und die deutsche Währung verwendet. (Unruhe rechts.)

Der Redner fordert von der Regierung Aufklärung, ob England zu irgend einem Zeitpunkt der deutschen Regierung die Aufgabe des passiven Widerstandes empfohlen habe. Die von Frankreich unterstützten Separatistenbewegungen können an dem unerschütterlichen Willen der rheinischen Bevölkerung, beim Reich zu bleiben, nichts ändern. Das Rheinland ist deutsch und muß deutsch bleiben. (Beifall.) Die Regierung darf nichts unterlassen, um mit Frankreich zu einer direkten Verständigung zu kommen. Der Redner kommt dann auf die innerpolitischen Verhältnisse zu sprechen und erklärt, daß der Ernst der Stunde gekennzeichnet werde durch die Worte Bayern und Kärnten. Der Kärntner Aufstand sei eine Epilode einer großangelegten Bewegung, die glücklicherweise nicht zum Ausbruch gekommen sei. Die Reichswehr habe sich bewährt. Sie müsse ein Instrument der Republik sein. Der Redner wendet sich dann gegen die vom Reichswehrminister aus Anlaß des Kärntner Aufstandes verhängte Prozeßurteil und bezeichnet diese Kriegsgerichtsentscheidung als unannehmbar mit den Interessen der Öffentlichkeit. Aus schärfer müsse in diesem Zusammenhang das Verbot der „Berliner Volkszeitung“ verurteilt werden, die über Kärnten Mittelungen gebracht habe, die in der ganzen Auslandspresse zu lesen sind. Die Regierung muß der Gefahr von rechts mit aller Energie entgegenzutreten.

Abg. Dr. Well (Ztr.) spricht von bitteren Erfahrungen, die seine Partei in der letzten Woche gesammelt habe. Der Reichstag habe in dieser Krise den Befähigungsnachweis wirklich nicht erbracht. (Zustimmung.) In entscheidungsvollen Augenblicken sei er nicht auf der Höhe gewesen. Die Koalition richtet sich in dieser ersten Stunde an alle Schichten des Volkes mit der Bitte um ehrliche Mitarbeit. Parteigegensätze dürfen jetzt nicht betont werden. Der Redner bedauert die Vorgänge, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes geführt haben, hält diesen aber für notwendig. Die verfassungsmäßigen Rechte des Reiches müssen geschützt werden. Vom Ausblühen unserer Wirtschaft haben alle Volksschichten Interesse. Aber es notwendig, daß in den Kreisen der Großenindustrie der Gedanke des Gemeinwohls mehr in Erscheinung tritt. Es muß besonders in die ungeliebte Weiterbildung jener Urprodukte eingegriffen werden, die die Wirtschaft in der ganzen Wirtschaft beeinflussen.

Die Ueberspannung der Preise hat auch politisch schon schädlich gewirkt. Wenn die Besessenen heute größere Steuerlasten aufbringen, dann dienen sie damit auch sich selbst, da ein Aufwärtstrend des Reiches auch ihren Besitz vernichten würde. Das Rheinland erachtet, daß seine Gelegenheit verstimmt wird, zur Verständigung mit den Gegnern zu kommen. Wir wollen und werden das Rheinland nie im Stich lassen. Die Reichswehr wird allen Gewalttaten zum Trotz sich erhalten, wenn sie sich nicht selbst preis gibt.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) erklärt, er müsse die große Koalition mit einem anderen Wort bezeichnen als der Vorredner: Raub der Guts wieder, schwankende Gestalten! (Heiterkeit.) Draußen vor den Toren steht der Feind und hier wird tagelang über die Zusammenstellung der Regierung verhandelt. Hohn und Spott, Scham und Empörung haben diese Zustände hervorgerufen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Parlamentarismus hat versagt. Lange wird die große Koalition nicht halten, solche Stöße wie die letzten bleiben nicht ohne Wirkung. Sie wird weiter an der Frage, wie lange man Frankreichs Vorhänge noch nachgeben soll. In Deutschland kann nur gegen die Sozialdemokratie reagiert werden. Wir verlangen und fordern die Auflösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Los vom Marxismus! (Unruhe bei den Soz.) Wir stehen mit rückfälliger Opposition zur Regierung. Die Ausführung diktatorischer Befugnisse einer Regierung darf nur in den Händen des Militärbefehlshabers liegen. Einer Regierung der großen Koalition können wir solche Befugnisse aber nicht zubilligen. Der Redner wendet sich gegen eine Gewaltvolligkeit gegenüber Bayern und spricht Herrn von Raue volles Vertrauen aus. (Lachen bei den Soz.) Dr. Hillerding habe vollkommen versagt. Jetzt bestehe die große Gefahr, daß infolge dieses Mangels das Volk verunglücke. (Große Unruhe und härmliche Burleske bei den Soz.) Die Gefahr besteht tatsächlich, wenn nicht unverzüglich das Rahlungsmitglied geklärt wird, mit dem die Ernennung der Präsidentschaft zugewirkt werden kann. Bedauerlich ist die Herausnahme der dringenden notwendigen Aufhebung des Wahlgesetzes aus dem Ermächtigungsgesetz. Das unerhörteste Verbrechen des Parlamentarismus liegt in dem Artikel des Ermächtigungsgesetzes, wonach das Gesetz bei einer Veränderung der parteipolitischen Zusammenfassung der Regierung außer Kraft treten soll. Wir können diesem Gesetz nicht zustimmen. Der passive Widerstand mußte zum aktiven werden. Die Sabotageakte waren die berechtigten Notwehr eines vergewaltigten Volkes und nationale Pflicht. (Zuruf bei den Soz.: Sie treiben Nationalität!) — (Unruhe.) Die Sozialdemokraten haben die Einheitsfront an der Ruhr zertrümmert. (Zuruf bei den Soz.) Mit dem unermesslichen Abbruch des passiven Widerstandes mußten auch alle diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abgebrochen und der vertragliche Zustand dergeachtet werden. Wir wollen den Abbruch der Beziehungen zu Frankreich und Belgien mit allen Konsequenzen. (Wärmende Zurufe bei den Soz.) Wer darauf verzichtet, der feindseligen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, der verachtet auf Ideen und Mord. Wir können es ab, die feindselige Gewalt durch eine feige Unterjochung zu besiegeln. (Beifall und Händeklatschen bei den Deutschnationalen, Bismarck und Lärm links.)

Reichsanwalt Dr. Stresemann

bedauert, daß in der heutigen Zeit des außenpolitischen Drucks eine Rede mit so parteipolitischen Einschlag gehalten wurde. Wenn Graf Westarp von Scham und Empörung spricht, so lag es doch gerade bei den Deutschnationalen, die Krise zu vermeiden. Statt dessen haben sie noch in das Feuer hineingeworfen. (Unruhe rechts, Beifall bei der Reichswehr.) Es ist bedenklich, wenn Graf Westarp die Hoffnung auf einen Zerfall der großen Koalition ausspricht. Ein nationaler Mann müßte doch hoffen, daß wir in dieser ersten Zeit endlich zur Ruhe kommen. (Es nach rechts) sind in Opposition getreten zu denselben Zielen, die Sie selbst bewilligt haben. Sie haben eben dem Kärntner Guro die Steuern bewilligt und nicht dem deutschen Vaterland. Sie müßten sich endlich daran gewöhnen, den Staat als Träger des Vertrauens anzusehen und nicht die jeweilige Regierungskoalition. Man sagt, dieses Parlament stand unter einer Vorherrschaft der Sozialdemokratie oder marxistischen Ideen. Ich habe die Staatsaufgaben allerdings nur notwendig gehalten, aber die Aufhebung des Privatigentums will weder das Kabinett, noch wollen sie die Parteien. Man spricht von konstitutiven Maßnahmen gegen das Eigentum. Man ist aber der Zweck unserer Maßnahmen, Sicherheit und Ordnung zu schaffen. Infolgedessen werden auch Eingriffe in das Eigentum nur aus politischen Zwecken zugelassen, aber es besteht keine Gefahr, daß diese Eingriffe der Privatwirtschaft gefährlich werden könnten.

Nach meiner Meinung beginnt der Gegenstand zwischen Politik und Staatsfunk da, wo man auch einmal das Oben der Unpopulartät auf sich nimmt, um des großen Ganzen willen. (Beifall.) Die ganze Koalitionspolitik hingehalten als eine Kompromisspolitik und deshalb als eine Politik der Schwäche, ist falsch. Tatsächlich ist die Koalitionspolitik die einzige Realpolitik, die in Deutschland betrieben werden kann, solange Sie auf verfassungsmäßigem Boden regieren wollen. Ich glaube, Sie (nach rechts) würden gern mitkommen, wenn Sie eingeladen wären. (Heitere Zustimmung im Saal, Händeklatschen auf der Tribüne.) Selbstverständlich

müßte, wenn die Dinge sich parlamentarisch nicht mehr mehrern ließen, mit der Auflösung des Reichstages gerechnet werden; aber ich glaube, daß bei allen Beschlüssen, die wir genehmigen haben, nicht auch noch dieser Kampf getragen werden könnte. Wir haben auch nach dem Kriege den Kampf geführt um deutsches Land, nicht mit Waffen, aber mit der Einigkeit des deutschen Volkswillens; wir haben ihn geführt durch die Abstimmung in Oberösterreich und in der Lombar. Sollte das nicht praktisch mehr wirken als die Gesichtspunkte der Differenzen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet? Ich bin nicht der Meinung, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes der Kampf um das Rheinland aufhört. Dieser Kampf ist auf der Höhe. Er wird mit äußerster Schärfe geführt. Es handelt sich darum, ob der Rhein deutsch bleibt oder nicht. Mit Worten werden wir Frankreich heute nicht aus dem Rheinland hinausbringen. Es bleibt nichts übrig, als der nationale Idealismus eines geeinigten deutschen Volkes (Lebhafte Beifall), und da hat auch die Sozialdemokratie des Rheinlandes immer ihren Platz gefunden.

Aus diesem Gesichtspunkt der Vollgemeinschaft glaube ich, daß man, wie überhaupt, an der Sozialdemokratie als an einer großen Bedenkenheit des deutschen Volkes, nicht vorbegehen kann. Ich bedaure, daß Graf Westarp Worte ausgesprochen hat in Bezug auf das Recht der Zurückhaltung des deutschen Papiergeldes, die geradezu katastrophal wirken können. Wir müssen vom deutschen Volk verlangen, daß es sich mit Papiergeld bezahlen läßt, sonst haben wir morgen das Chaos. Wenn Worte einen Sinn haben, so hat Graf Westarp erklärt, daß man niemandem zuzumuten kann, daß mit Papiergeld bezahlen zu lassen.

Es ist von einer bedauerlichen Verzögerung der Währungsreform durch marxistische Einflüsse gesprochen worden. Die Männer der Industrie und Wirtschaft haben sich erst in der zweiten Hälfte der Entwicklung bereit erklärt, mit einer vorübergehenden Zwischenlösung der Währungsfrage einverstanden zu sein. Diese Männer der Wirtschaft sind keine Träger der marxistischen Auffassung. Es ist eine unrichtige Behauptung, daß wir direkte Verhandlungen mit Frankreich allein herbeiführen wollten ohne England. Ich wiederhole, daß ich mir die völlige Lösung der Reparationsfrage nicht auf dem Wege einer einseitigen Verhandlungsvoraussetzung vermag. Der englische Minister Curzon wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Idee, Deutschland eine Zahlungspflichtigkeit von 130 Goldmilliarden aufzuerlegen. Ferner hat er sich mit der Vorstellung gegen die Forderungspolitik beschäftigt und zum Ausdruck gebracht, daß er eine verlängerte militärische Okkupation nicht für richtig halte und erklärt, daß England in der Frage des Einbruchs gegen das Okkupationsrecht Frankreichs neutral bleibe. Er hat aber nicht einmal zum Ausdruck gebracht, daß die britische Regierung niemals der Meinung war, daß die Okkupation gerechtfertigt sei durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Ferner hat er ausgedrückt, daß Deutschland drei Verpflichtungen auferlegt werden müßten: erstens die Schulden zu zahlen, die gerechtfertigt wären; es müßte ferner die Regierung der Zahlungen erfolgen auf Grund der Bestimmung von Autoritäten; und drittens hätte Deutschland die Verpflichtung, entsprechende Garantien für diese Zahlungen zu geben. Das ist das englische Programm. Dann wendete sich Curzon zu der Frage, was Deutschland in Bezug auf den passiven Widerstand hätte tun sollen. Er erklärte, daß die jetzige Entschleierung vor drei Monaten hätte geklärt werden sollen. Deutschland hat immer auf dem Standpunkt gehalten, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes eine große Leistung sei, daß sie begleitet werden müßte von Konzeptionen der anderen Seite, wenn nicht in der Reparationsfrage, so doch in allen den Fragen der Vertiefung, der Befestigung und der Wiederherstellung unserer Autorität im westlichen Gebiet.

Als es sich darum handelte, auf dieser Basis von Gegenleistungen den passiven Widerstand aufzugeben, kam von englischer Seite die Warnung. Zum Sie es bald. Ich bitte Sie, sich von der Illusion zu befreien, als wenn die Regierung sich dadurch das englische Wohlwollen verschafft hätte, daß sie den passiven Widerstand aufgegeben hat.

Stresemann schließt: Es ist hinreichend, als wenn die härteste Militärmacht der Welt durch eine andere diplomatische Einwirkung sich bewegen ließe, auf der Ruhr heranzugucken, ist falsch. Der Protest gegen den Rechtsbruch der Gewalt an Rhein und Ruhr, daß in dem Aufstand gelagert worden, mit dem wir den passiven Widerstand aufgegeben haben. Dieser Kultur hat ein Echo gefunden in Frankreich.

In gewisser Beziehung ist der Versailler Vertrag gegenüber der bisher getriebenen Gewaltpolitik noch ein Schutz der deutschen Interessen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß ein Kodifizieren von Verträgen sofort eine Verbesserung der deutschen Situation mit sich bringt. Welches ist denn die Differenz zwischen Baldwin und Poincaré? Das England vor der Welt erneut sagt, mit den Bestimmungen des Vertrages ist über den Einbruch an Ruhr und Rhein nicht vereinbart? — Ist genug haben wir vor der Frage stehen können, der uns Unablässiges zumutet, für die deutsche Souveränität, für die deutsche Ehre und für den Bestand des Deutschen Reiches. Ich bin der Meinung, daß man unter allen Umständen sich darauf einlassen soll, alle Forderungen erfüllen zu müssen, aber wenn Sie in diese Situation kommen, daß es zu einem vertraglosen Zustand kommt, daß wir dieses Nein aussprechen, dann schloffen Sie vorher Voraussetzungen; daß dieser Zeitpunkt ein geeinigtes deutsches Volk findet.